

6 Gründe, warum wir eine linksradikale Antwort auf das Corona-Management der Bundesregierung brauchen

Resa Ludivine

Noch Mitte Februar hat die Bundesregierung versucht, die Gefahr der Corona-Pandemie kleinzureden. Der in China schon längst wütende Virus schien noch als ferne Kleinigkeit, eigentlich nur wie eine Grippe. Erstmal Abwarten war die Devise. Ende März sah die Lage dann schon ganz anders aus.

Es folgten zahlreiche Debatten über Wirksamkeit und Unwirksamkeit von Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Schulen, Unis und Kitas wurden geschlossen, weite Teile der Bevölkerung fanden sich in Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit wieder. Bis Mitte Mai gab es auch in Deutschland starke Einschränkungen wie z.B. die Einschränkung des Versammlungsverbotes, die Abriegelung der Außengrenzen sowie die Schließung öffentlicher Einrichtungen.

1. Groko ist rassistisch!

Um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, entschied sich auch die BRD, nach langem Zögern, zu einer Art „lockdown-light“. Wo andernorts die Menschen wochenlang nur zum Einkaufen im nächstgelegenen Supermarkt vor die Tür durften und bei Zu widerhandlung kräftig zur Kasse gebeten wurden (wie bspw. in Frankreich), gab es in Deutschland nur lokal beschränkt harte

„lockdowns“.

Hintergrund dessen war nicht nur der Unmut in der Bevölkerung, sondern auch

Profitinteresse, weswegen es nicht verwundert, dass es zur Aufrechterhaltung vieler unnötiger Arbeiten kam.

Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten in Deutschland überproportional häufig unter schlechten Arbeitsbedingungen. Insbesondere sie

sind es, die nun unter unzureichendem Infektionsschutz und mangelndem Hygiene-Equipment auf ihren Arbeitsplätzen zu leiden haben. Außerdem sind sie

es, die häufig als erste entlassen werden.

Die Debatte um landwirtschaftliche Saisonarbeitskräfte aus Osteuropa hat erneut gezeigt, dass im Kapitalismus Profitinteressen mehr als Menschenleben zählen, da die Grenzen unkompliziert für dringend benötigte Arbeitskräfte geöffnet werden konnten, aber schutzbedürftigen Geflüchteten verschlossen blieben. Die schnellen Grenzschießungen im gemeinsamen Block des

„Europas der Freizügigkeit“ zeigen auch, dass sich in der Krise nun doch jeder

Nationalstaat selbst am nächsten ist. Das gilt allerdings auch für die europäischen Außengrenzen. Nicht nur an denen, sondern auch in Lagern für Geflüchtete innerhalb Europas werden die Geflüchteten sich selbst überlassen.

Die schon vorher prekäre Lage verschlimmert sich. Doch wo nicht einmal fließendes Wasser vorhanden ist und Menschen zusammengepfercht leben, müssen

wir weder über Hygienevorschriften noch über „Social-Distancing“ reden. Ein

gefundenes Fressen für das Virus. Wir brauchen eine Gesundheitsversorgung für

alle! Portugal hat bewiesen, dass es möglich ist - gleich zu Beginn der Krise

wurde allen Geflüchteten die Staatsbürger_Innenschaft ermöglicht – damit sie

Zugang zum Gesundheitssystem haben. Doch hier in Deutschland fallen weiterhin

Menschen aus dem Raster der Gesundheitsmaßnahmen, nicht nur weil sie bspw. auf

der Straße leben und ihnen daher der Zugang erschwert ist, sondern auch weil

die, in den letzten Wochen so oft betonte Abstandsregelung, eben nur für „Bürger_Innen 1. Klasse“ gilt. Der Skandal um eine steigende Zahl der Infektionen in Unterbringungen von Arbeiter_Innen in Schlachthöfen hat das gezeigt. Dasselbe Problem haben wir aber auch in Unterkünften für Geflüchtete.

Gleichzeitig trifft Corona gerade auch viele Krisenregionen außerhalb Europas stark, wo nun Hilfsgüter, allen voran medizinische Hilfen, knapp werden, weil es entweder lieber im eigenen Land genutzt wird oder dem ausgesetzten Transport zum Opfer fallen. Von internationaler Solidarität ist keine Spur. Und wieder einmal zeigt sich die große Schere zwischen imperialistischen Staaten und Halbkolonien sowie deren Abhängigkeit. Ebenso dass die vorher herrschende „Normalität“ nach der so viele in den imperialistischen Staaten rufen, eine „Normalität“ gebaut auf Ausbeutung und Unterdrückung ist. Doch kam die „Normalität“ in Form von „Wiedereröffnung“ der deutschen Wirtschaft bei uns relativ schnell. Dieses Vorgehen gehört zu den kurzfristigen Maßnahmen, um die deutsche Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. Gleichzeitig macht das unvorsichtige Vorgehen eine zweite Welle immer wahrscheinlicher. Eine Welle, die in Kauf genommen wird, nur um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

2. Groko ist unsozial!

Seit

Jahrzehnten erzählen uns Finanzminister_Innen, dass Deutschland seine Staatsschulden abbauen müsse. Etliche Sozialkürzungsmaßnahmen, Bildungsabbau

und Sparprogramme wurden mit dem Argument gerechtfertigt, die Neuverschuldung

möglichst gering halten zu müssen. Die Corona-Krise veranlasste die Bundesregierung nun zu einer 180 Grad-Wende: Plötzlich ist massig Geld da und

die Milliardenkredite sprudeln aus der Staatskasse. Allerdings fließen diese nicht in öffentliche Dienstleistungen oder Sozialhilfe, sondern in die Privatwirtschaft. Geld scheint also eigentlich da zu sein, wenn es einen politischen Willen dafür gibt. Mit dem neuen Konjunkturpaket sollen nun weitere

130 Milliarden Euro investiert werden, um die Wirtschaft wieder zum Laufen zu

bringen. Dabei wurden zuvor bereits mehrere Billionen Euro zu diesem Zweck an

Unternehmen verschenkt. Trotzdem prognostizieren Wirtschaftsforschungsinstitute

immer noch einen Abfall des BIPs, wie ihn Deutschland seit dem Ende des Zweiten

Weltkrieges nicht mehr gesehen hat. Entweder denkt die Bundesregierung also,

dass es 130 weitere Milliarden jetzt rausreißen oder sie sieht angesichts ihrer

pro-kapitalistischen Haltung keine andere Möglichkeit als noch mehr Geld in die

Unternehmenskassen zu pumpen. Für alle anderen, die leider keine Produktionsmittel besitzen, heißt es nun den Gürtel enger zu schnallen. Wer hier gerettet wird und wer dafür zahlen soll ist eine eindeutige Klassenfrage: Die Armen zahlen, damit die Reichen gerettet werden. Die Corona-Pandemie hat

dabei die ohnehin massive soziale Ungleichheit zusätzlich verstärkt

Gerade wenn wir über den deutschen Tellerrand hinaussehen wird das umso klarer. Wer hungern muss und in Schulden gerät auch! Die Unfähigkeit der bürgerlichen Regierung und des kapitalistischen Systems an sich, zeigt sich darin, dass die GroKo nicht einmal den starken Anstieg der

Lebensmittelpreise unter Kontrolle bringen konnte. Im Vergleich zum April 2019 stiegen die Preise um ca. 14%. Bei laufenden Kosten, Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit durch Corona ist klar, dass das gerade ärmere Haushalte schwer trifft. Die einmalige 300 Euro Unterstützungszahlung für Familien ist nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein.

3. Groko ist klimaschädlich!

Mit der kommenden Wirtschaftskrise, deren Auslöser die Pandemie ist, rollt nun neben der Klimakrise eine weitere Krise auf uns zu. Obwohl es keine Zweifel daran gibt, welchen großen Anteil Autos und Flugzeuge an der Produktion klimaschädlicher Emissionen haben, machte die Groko im Handumdrehen Milliarden für die Automobilindustrie und Luftfahrtkonzerne frei. Die Kaufprämie für E-Autos, die mit dem neuen Konjunkturpaket beschlossen wurde, soll dabei als ökologisches Feigenblatt dienen. Dabei haben diese selber einen extrem hohen Ressourcenverbrauch und es ist nicht bewiesen, dass durch den Kauf eines neuen E-Autos tatsächlich Emissionen eingespart werden. Vielmehr stellt die Kaufprämie eine weitere Finanzspritze für die deutsche Autoindustrie im grünen Schafspelz dar. Auf der anderen Seite wird dann bei wesentlich klimafreundlicheren Fortbewegungsmitteln wie der Bahn nun kräftig gespart, sodass viele Beschäftigte entlassen werden sollen. Überdies nutzt die Groko die Tatsache, dass es durch Corona ein wenig ruhiger um die Umweltbewegung geworden ist, um das neue Steinkohlewerk „Datteln“ ans Netz zu bringen. Bei all dem, was uns in den Monaten zuvor über den Kohleausstieg erzählt wurde, ist das nun der Gipfel der Dreistigkeit. Unter dem Vorwand „die Wirtschaft zu retten“ werden also die kleinen ökologischen Fortschritte, die wir uns in den letzten Jahren erkämpft haben, wieder rückgängig gemacht.

4. Groko ist sexistisch und jugendfeindlich!

Zu den sozialen, langfristigen Folgen, für die sich die Groko nicht interessiert, gehört auch der Backlash den derzeit Frauen* in der BRD erleben müssen. Die Krise hat gezeigt, dass gerade sie an vorderster Front belastet sind, weil sie in systemrelevanten Jobs für wenig Geld schuften und

gleichzeitig noch die Reproduktionsarbeit daheim organisieren. In Heimarbeit

wurden sie zurückgedrängt in ein Frauenbild der 50er Jahre. Klar ist, dass bei

Entlassungen im Betrieb gerade sie betroffen sein werden. Nebenbei ist auch die

Zahl häuslicher Gewalt gegenüber Frauen und Kindern nicht nur in Deutschland

gestiegen.

Parallel dazu ist auch die Jugend stark getroffen, müssen wir doch um unseren Eintritt in den Arbeitsmarkt nach Ausbildung oder Studium bangen, um auf eigenen Beinen zu stehen. Noch fataler sieht die Lage bei schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen aus. Das Homeschooling hat Bildungslücken aufgerissen, die gerade für Kinder aus ärmeren Familien nicht zu schließen sein werden. Zu Hause müssen wir häufiger größere Anteile der Hausarbeit übernehmen, also einkaufen gehen, putzen, kochen und Care-Arbeit, also uns z.B. um Verwandte kümmern, die krank sind. Es gibt aber auch einige unter uns, die schon arbeiten oder eine Ausbildung machen. Dort sind wir die ersten, die entlassen werden, weil wir häufig nur Zeit- oder Honorarverträge, nur als Minijob angestellt sind, oder gar keinen offiziellen Arbeitsvertrag haben. Das macht es den Arbeitgeber_Innen leichter, uns zu kündigen. In anderen Fällen, zum Beispiel im Supermarkt, Essenslieferanten, Landwirtschaft, sind wir die, die als erste wieder zur Arbeit geschickt werden, weil wir zu jenen gehören, die nicht in der Risikogruppe sind. Höhere Löhne will uns unser_E Chef_In trotzdem nicht zahlen.

5. Groko hat keinen Plan!

Das bisherige Krisenmanagement der Bundesregierung zeichnet sich durch ein starkes Hin- und Her-Schwanken aus. Mal wird alles heruntergespielt, dann werden vergleichsweise radikale Maßnahmen getroffen und dann wird wieder versucht alles schnell rückgängig zu machen. Grund dafür sind unter anderem die gespaltenen Kapitalinteressen der einzelnen Sektoren, die zum Teil noch angefeuert wurden durch den deutschen Föderalismus, der ein

einheitliches Handeln noch weiter erschwert. Hierbei hat die GroKo noch Glück im Unglück, dass ihre Maßnahmen auf ein Gesundheitssystem treffen, dass nicht ganz so massiv wie in Großbritannien oder den USA heruntergespart wurde. Ihr Beitrag daran, dass die Maßnahmen erfolgreich erscheinen, ist demnach nur gering. Man darf sie daher nicht daran messen, sondern daran, wie sie mit den wirtschaftlichen Folgen für die Bevölkerung umgeht. Hier zeichnete sich bereits kurz nach den pandemiebedingten Schließungen ihre Inkompotenz ab, für das Wohl und die Gesundheit der Bevölkerung zu entscheiden. Nicht nur die Stimmen der Coronaleugner_Innen wurde immer lauter, auch die der Schlüsselindustrien, des Einzelhandels, des Gaststättengewerbes und weiterer Lobbygruppen, bis sie sich ihren Wünschen schließlich beugten. Besonders sticht heraus wie die einzelnen Bundesländer wetteiferten, ihre eigenen Kapitalinteressen zu befriedigen und die Entscheidungen der Bundesregierung dafür regelrecht untergraben wurden. Ein weiterer Grund für den Zickzack-Kurs der Groko ist der internationale Wettbewerb zwischen den einzelnen Kapitalen. Wer die Wirtschaft zu erst wieder hochfährt steht auch besser in der Konkurrenz da und kann neue Marktanteile erobern. Das Wettrennen um Marktanteile sowie einen Impfstoff ist noch in vollem Gange.

6. Die „linke Opposition“ kuschelt lieber mit den Kapitalist_Innen anstatt Widerstand aufzubauen!

Dass selbst in der Krise nicht schnell gemeinsame Maßnahmen ergriffen wurden, zeigt die Schwäche der Groko. Dass anstelle dieser Situation auszunutzen sich für den nationalen Schulterschluss entschieden wurde, zeigt

hingegen die Schwäche der Sozialdemokratie, allen voran der Gewerkschaften.

Dieser Burgfrieden, der sich im Zuge der Krise formiert hat (sprich: alle Parteien arbeiten Hand in Hand mit Kapital und die Gewerkschaften schweigen)

geschieht angeblich im Sinne der „Bevölkerung“. Jedoch ist es keine Politik im

Sinne der Arbeiter_Innenklasse! Anstelle dass sie und auch die Linkspartei alles kritiklos mittragen, hätten sie eine Opposition bilden müssen. Gegen die Massenentlassungen, gegen ein (im europäischen Vergleich geringes) Kurzarbeiter_Innengeld, gegen die Aufrechterhaltung unnötiger Arbeit!

Die Krise hat einmal mehr die Schwächen des kapitalistischen Systems entlarvt, denn es kann nicht effizient die Pandemie bekämpfen und gleichzeitig die Wirtschaft retten. Jetzt ist der Zeitpunkt genau dies aufzuzeigen und die Arbeiter_Innen gegen die „Krisenpolitik“ der GroKo zu organisieren. Doch diese Intention war bei den Reformist_Innen nie vorhanden und man schaut

lieber weiter schweigend zu, während die CDU am meisten vom Burgfrieden der

Linken profitiert. Sie versucht sich als „Partei der Vernunft“ zu inszenieren und greift parallel dazu Arbeitszeitregelungen sowie den lang erkämpften und

immer noch zu niedrigen Mindestlohn an, indem sie ihn nicht an die Inflation anpassen will. Solange die Politik des Burgfriedens von Linken, SPD und Gewerkschaften weiterverfolgt wird, wird sich die soziale Ungleichheit weiter

zuspitzen.

Wenn

wir den Rechten die Rolle der Opposition jedoch nicht überlassen wollen, brauchen wir also jetzt eine globale und klassenkämpferische Antikrisenbewegung,

die die Probleme der Menschen wahrnimmt, eine linke Kritik am Corona-Management

der Bundesregierung formuliert und internationale Solidarität lautstark auf die

Straßen trägt. Und diese Antikrisenbewegung beginnt da, wo die Krise ist - im überlasteten Krankenhaus, in der Schule oder in den Fabriken, die unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen die Gesundheit der Arbeiter_Innen

auf Spiel setzt. Gemeinsam mit Mitschüler_Innen, Kommiliton_Innen und Kolleg_Innen muss Vorort eine Opposition aufgebaut werden. Diese lokalen Komitees können dann Widerstand organisieren, bspw. wenn die 2. Welle kommt,

können sie durch Streiks die Werks- und Schulschließungen erzwingen. An SPD, Linke und Gewerkschaften

kommen wir mit diesem Vorhaben jedoch nicht vorbei, denn ein Großteil der organisierten Arbeiter_Innenklasse zählt zu ihren Mitgliedern. Doch um aktiven

Widerstand zu leisten, brauchen sie scheinbar einen kräftigenarschtritt! Lasst

uns Aktionskonferenzen starten, an denen wir alle gemeinsam über ein Programm

und Aktionen diskutieren, die eine unabhängige Stimme der Unterdrückten darstellen und aus der Krise führen können. Dabei müssen wir den Anschluss an

bestehende internationale Massenproteste wie die aktuelle Black-Lives-Matter-Bewegung suchen und Themen wie Polizeigewalt und Rassismus

in unser Aktionsprogramm integrieren.

Als

Kommunist_Innen treten wir innerhalb dessen für eine sozialistische Perspektive

ein. Das heißt, dass wir die Produktion unter

Arbeiter_Innenkontrolle organisieren müssen. Denn nur so entkoppeln wir die

Produktion von Profitinteressen, die nicht nur sicheren Arbeitsbedingungen, sondern auch bedarfsoorientierter Produktion und Innovation - denken wir an den

Impfstoff - entgegenstehen. Ein dauerhafter Sieg sowohl über die pandemische,

sowie auch die kapitalistische Krise kann nur die fundamentale Veränderung des

Systems sein. Fest steht, dass im Sozialismus die Möglichkeiten zur

Bekämpfung

der Krise nicht dort enden, wo die Kapitalinteressen anfangen. Auch der Profitdruck fällt weg. Es wäre demnach viel einfacher, systemirrelevante Betriebe zeitweise zu schließen, sowie die Produktion so umzustellen, dass notwendige Produkte vermehrt hergestellt werden.

Warum Rassismus und Polizei nicht voneinander zu trennen sind

Jonathan Frühling

Der Mord an George Floyd erschütterte die Welt und führte zu massiven Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt. International fanden Demonstrationen in Solidarität mit den rassistisch Unterdrückten in den USA statt, jedoch verbanden die Protestierenden ihre Forderungen auch mit lokalen Themen. Den Menschen wird international immer klarer, dass die Arbeit der Polizei maßgeblich für die Reproduktion und Institutionalisierung von Rassismus verantwortlich ist. Mit institutionellem Rassismus ist ein Rassismus gemeint, der strukturell und gemeinschaftlich von Institutionen durch Anordnungen und Praktiken reproduziert wird.

Die Funktion der Polizei wurde in Deutschland mit dem sogenannten Kreuzbergurteil von 1882 eindeutig als die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung definiert. Mit „Ordnung“ ist vor allem der Privatbesitz an Produktionsmitteln und die Ausbeutung der Arbeiter_Innenklasse und Unterdrückung der nicht-weißen Bevölkerung gemeint, die unsere heutige kapitalistische Gesellschaft prägen. Zu Beginn war die Polizei hauptsächlich

für die Niederschlagung von Arbeiter_Innenunruhen, wie z.B. Streiks, oder Aufständen von anderen Unterdrückten zuständig. Sie hatte also von Anfang an eine klassenpolitische Ausrichtung.

Polizei und Rassismus

Eine Studie von der Europäischen Grundrechtsagentur aus 2010 besagt, dass in Deutschland fast doppelt so häufig Personen mit türkischem oder jugoslawischen Migrationshintergrund kontrolliert werden wie die durchschnittliche Bevölkerung. Bei solchen Personenkontrollen ist die Polizei auf Oberflächlichkeiten angewiesen und dementsprechend kommt ein rassistisches Bewusstsein hier sehr zu tragen und wird sogar Vorschub geleistet, man bezeichnet dies als „Racial Profiling“ und wird später noch genauer besprochen. Nicht nur bei Kontrollen, sondern allgemein kommt es sehr auf das Bewusstsein der einzelnen Beamter_in an, wie sie/er auf der Straße vorgeht. Damit ist auch gemeint, wie genau Gesetze ausgelegt, bzw. inwiefern sie bewusst überschritten werden, wen sie kontrolliert oder wie sie People of Colour behandelt.

Seit Marx wissen

wir, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein eines Menschen prägt.

Es

wird also durch die soziale Stellung und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gebildet. Wir müssen uns außerdem anschauen, was die Polizei

praktisch auf der Straße tut, um bestimmen zu können, welches Bewusstsein sie hat.

In unserer heutigen Gesellschaft herrscht eine rassistische Ideologie vor. Grundlage dafür sind teilweise die Mechanismen des Kapitalismus, dass wer arm ist, arm bleibt und dass oftmals Migrant_innen davon betroffen sind. Teilweise aber auch der Wille des Kapitals, die Bevölkerung anhand von ethnischen, religiösen und nationalen Unterschieden zu spalten, um so ihre eigene Herrschaft zu sichern. Die tatsächliche Teilung der Gesellschaft auf

Grundlage von ökonomischen Klassen wird somit verschleiert. Um es knackig zu sagen: Eine entlassene Person wird nicht gegen die Firmenleitung protestieren, wenn sie für die Entlassung „die Ausländer“ verantwortlich macht.

In diesem Sinn sind auch z.B. die Aushebelung des Asylrechts und die rassistische Hetze durch alle bürgerlichen Parteien zu verstehen. Die Gesetzesverschärfungen werden mal eben mit der rassistischen Aussage erklärt, dass man sich damit gegen die Massen an Terrorist_innen unter den Flüchtenden schütze. Und mit der islamophoben These, dass der Islam das Hauptproblem Deutschlands sei, lässt sich auch insgesamt von den katastrophalen Auswirkungen der kapitalistischen Politik Deutschlands ablenken und Kriege wie in Afghanistan, Syrien und Mali rechtfertigen.

Die Polizei hat dabei direkt die Funktion die rassistische Regierungspolitik in die Tat umzusetzen. Sie schließt die Grenzen, greift „illegale“ Migrant_Innen auf und führt Abschiebungen durch. Sie ist also direkt mit der Aufgabe betraut, gegen den rassifizierten Feind vorzugehen. Die Polizei ist deshalb in ihrer Funktion, ihrem Denken und Handeln einer der extremsten Ausdrücke dieser Politik. Das rassistische Bewusstsein materialisiert sich so bei der Polizei in einer verschärften Form. Menschen, die damit ein Problem hätten, werden auch nicht zur Polizei gehen wollen, sodass man vor allem autoritäre und ohnehin rechte Personen anzieht. Für hohe Polizeibeamt_Innen, die mit ihren Handlungen das Bewusstsein des Apparates durchdringen, gilt dies in besonderem Maße.

Polizei und Rassismus in den USA

Auch bei der Betrachtung der Geschichte der Polizei in den

USA, wird ihre Funktion in der Gesellschaft augenscheinlich. Die Wirtschaft der

Südstaaten basierte bis zur Aufhebung der Sklaverei 1865 auf der Ausbeutung von

Sklavenarbeit. Im 17. und 18. Jahrhundert begannen die Regierungen damit, sogenannte Sklavenpatrouillen einzurichten. Diese sollten die versklavte Bevölkerung in Unterdrückung halten und notfalls Aufstände niederschlagen. Ihre

Aufgabe war also schlicht und ergreifend, die Vorherrschaft der weißen Bevölkerung aufrechtzuhalten. Nach dem Ende des Bürger_Innenkrieges 1865 wurden

diese Milizen in die offiziellen Polizeiorgane überführt. Deren ideologisches Vermächtnis besteht bis heute in der modernen US-amerikanischen Polizei fort.

Der Mord an Floyd George war deshalb auch kein Einzelfall. Wenn ein Bulle am helllichten Tage und vor laufender Kamera einen Menschen kaltblütig ermordet, dann muss er sich sehr sicher sein, dass Richter und Staatsanwälte ein derartiges Verhalten decken. Tatsächlich landen in den USA nach einer Tötung durch die Polizei nur 4 von 400 Polizist_Innen vor Gericht, nur eine Person davon wird verurteilt.

Das rassistische Polizei- und Justizsystem führt dazu, dass schwarze Menschen prozentual doppelt so oft wie alle anderen Teile der Gesellschaft

eingesperrt werden. Dadurch erfahren sie zusätzliche gesellschaftliche Diskriminierung. Zudem verringert sich so die Chance, in Freiheit wieder einen

Job zu bekommen. Es gibt sogar Bundesstaaten in den USA, die ehemaligen Sträflingen lebenslang das Wahlrecht verwehrt.

In vielen Städten in den USA ist die schwarze Bevölkerung in Viertel zusammengedrängt, in denen fast ausschließlich schwarze Menschen wohnen. Die USA ist bis heute ein stark segregiertes Land (Schlagwort: Redlining). Da die schwarze Bevölkerung ökonomisch benachteiligt ist, sind diese Viertel verarmt. Drogenabhängigkeit, Kriminalität und andere soziale

Verwerfungen sind Begleiterscheinungen dieser Umstände. In den entsprechenden

Viertel führt sich die Polizei eher wie eine Besatzungsmacht, denn als „normale“ Polizei auf. Hier muss sie sich für rassistisches Vorgehen besonders wenig rechtfertigen und nutzt das auch vollständig aus.

Dass es heute in die USA auch Polizist_Innen of colour gibt, ändert nichts an dem Charakter der Polizei. Zudem übernehmen Polizist_Innen of colour rassistische Verhaltensweise und führen nachweislich genauso oft Racial Profiling durch. Die Existenz von Polizist_Innen of colour spiegelt nur die Integration Teile der kleinbürgerlicher schwarzen Community in den bürgerlichen Staat wieder, vor allem vermittelt durch die Demokratische Partei. An dem Rassismus in den USA hat der schwarze Präsident Obama von der Demokratischen Partei übrigens auch rein gar nichts geändert

Racial-Profiling

Mit Racial-Profiling sind staatliche Maßnahmen gemeint, bei denen als Opfer gezielt People of Colour ausgewählt werden. Der Begriff meint sich jedoch nicht nur Kontrollen, sondern bezieht auch rassistische Wahrnehmungs- und Ermittlungsperspektiven mit ein. Richter, Staatsanwälte und die Presse nutzten Racial Profiling ebenfalls, um Rassismus zu institutionalisieren.

Die rechtliche

Grundlage für Racial Profiling auf der Straße ist das Werkzeug der „verdachtsunabhängigen“

Kontrollen. Zwar darf die Hautfarbe offiziell nicht als Grund für eine Kontrolle angegeben werden, doch wer kontrolliert wird und was letztlich in dem

Polizeibericht steht, entscheidet der/die einzelne Beamt_in (bzw. deren rassistisches Bewusstsein).

Racial Profiling

nehmen bei der Reproduktion des strukturellen und institutionalisierten Rassismus eine sehr wichtige Funktion ein. Zum einen setzen sie People of

Colour massiv unter Druck, die sich der Schikane der Kontrolle hingeben müssen

und sich nirgendswo vor der Polizei sicher fühlen können. Zudem ist die Gefahr

z.B. mit einer geringen Menge Cannabis erwischt zu werden, dadurch natürlich

für diese Menschen deutlich höher. Dies kann den Verlust des Führerscheins und

damit des Jobs zur Folge haben. Zudem suggeriert Racial Profiling Passanten,

dass von People of Colour eine höhere Gefahr ausgeht. So reproduziert Racial

Profiling Rassismus in der gesamten Gesellschaft.

Die ständige

Verfolgung, öffentliche Demütigung und Bloßstellung können zudem zu psychischen

Schäden, wie Depressionen und/oder Verfolgungswahn führen. Darüber hinaus

schränkt Racial Profiling die Bewegungsfreiheit von People of Colour und damit

ihre gesellschaftliche Teilhabe ein. Auch die Zeit, die die Kontrollen kosten und die Termine, die sie dabei möglicherweise verpassen, sind ein starke Einschränkung für sie.

Gegen Racial

Profiling gerichtlich vorzugehen ist wenig sinnvoll. Polizist_Innen decken sich dabei immer gegenseitig und die (zumeist weißen) Richter und Staatsanwälte decken die Polizei. Letztlich sind nämlich alle diese Instanzen Akteure desselben rassistischen Systems. Deshalb ist ein Vorgehen gegen die Polizei mittels der Gerichte auch allgemein faktisch unmöglich. Zudem kann es zu Gegenanzeigen durch die Polizei kommen, weshalb der/die Kläger_In oft selbst

auf der Anklagebank landet und abgeurteilt wird.

Will man etwas gegen

Racial Profiling tun, dann sollte man nach Situationen des Racial Profilings Ausschau

halten und den Vorgang sichtbar beobachten. Dies übt Druck auf die handelnden

Beamten aus, wie einige selbst vor Gericht angaben. Eine verbale Einmischung, z.B. mit der Frage:

„Wieso wird diese Person kontrolliert?“, kann diesen Druck erhöhen und die polizeiliche Arbeit behindern. Auch das Filmen oder vermeintliche Filme kann

dabei helfen, der Polizei ihr rassistisches Gebaren unangenehm zu machen.

Polizei, Grenzen und Geflüchtete

Wie bereits erwähnt ist die Polizei das Werkzeug, mit dem der Staat ihre rassistische Abschottungspolitik umsetzt. Nationale Polizeikräfte organisieren sich in der europäischen Grenzschutzorganisation Frontex. Diese setzt mit ihren Maßnahmen das theoretisch geltende Asylrecht fast vollständig außer Kraft. Sie sorgen dafür, dass Menschen, die vor Krieg und Armut fliehen, als feindliche Invasoren gebrandmarkt werden. Legitimiert wird diese Politik mit dem angeblichen Schutz unserer Kultur und dem Kampf gegen Terrorismus. Diese Rechtfertigungen triefen vor offenen rassistischen Lügen.

Doch auch national wird die Polizei für die

Abschottungspolitik eingesetzt. Sie überwacht z.B. die nationalen Grenzen und

kann Menschen willkürlich an der Einreise hindern. Zudem führt sie

Abschiebungen aus und fliegt dabei auch Länder, wie Afghanistan an. Im Inland

setzt sie Residenzpflichten durch, die aus dem rassistischen Asylgesetz resultieren.

Forderungen im Kampf gegen die Polizei

Im Kampf gegen das rassistische Repressionsorgan Polizei stellen wir folgende Forderungen auf:

- Defund the police! Keine Finanzierung der Polizei. Das Geld brauchen wir für Sozialleistungen, Bildung oder sozialen Wohnungsbau!
 - Keine Militarisierung der Polizei. Sofortige Entwaffnung der Polizei, vor allem, was Taser, Maschinenpistolen und Handgranaten angeht!
 - Schränkt den Handlungsraum der Polizei ein: Keine verdachtsunabhängige Kontrollen, kein Begriffe, wie „drohenden Gefahr“, keine Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren!
 - Keine Massenüberwachung z.B. durch Vorratsdatenspeicherung, Bundestrojaner, Videoüberwachung!
 - Kein Racial Profiling! Hartes Aburteilen von Bullen, die Racial Profiling anwenden!
 - Organisiert militanten Selbstschutz: Niemand beschützt uns vor den Angriffen von Sexist_Innen, Rassist_Innen, Faschos (und der Polizei), das müssen wir schon selber tun!
 - Für eine Zerschlagung des Polizeiapparates und des Gewaltmonopols des bürgerlichen Staates! Für die Ersetzung dessen durch bewaffnete Verteidigungsstrukturen der Lohnabhängigen, Jugendlichen, Frauen, LGBTIA und Migrant_innen, die demokratisch kontrolliert sowie wähl- und abwählbar sind!
-

Flucht und Sexismus

Lydia Humphries, Unterstützerin Red Flag Großbritannien,
Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020

Die Reisen von Frauen, intersexuellen und nichtbinären Menschen, die nach Großbritannien einwandern, werden durch die Bedrohung durch sexuelle Übergriffe, Ausbeutung und Gewalt erschwert und gefährlich. Wenn sie in Großbritannien ankommen, sehen sie sich den rassistisch-frauenfeindlichen, -homophoben und -transphoben Strukturen des britischen Einwanderungssystems gegenüber.

Die unmenschlichen Praktiken der Inhaftierung in Abschiebezentren für EinwanderInnen (IRCs) werden durch die institutionell vorherrschenden sexuellen Übergriffe verstärkt. Viele der Personen in den IRCs fliehen bereits vor Missbrauch, was ihre Inhaftierung nach britischem Recht illegal macht. Aber

eine gut dokumentierte „Kultur des Unglaubens“, die in der „feindlichen Umgebung“ Großbritanniens eingebettet ist, lässt MigrantInnen, die sexuelle Übergriffe überlebt haben, oft schutzlos zurück. Eine solche Ungläubigkeit konfrontiert LGBTQI+-Menschen, die vor Verfolgung wegen ihrer Sexualität oder

geschlechtlichen Identität fliehen, wobei viele gezwungen sind, ihre Unterdrückung vor Berufungsgerichten zu „beweisen“, und ihnen diese dennoch immer noch nicht geglaubt wird.

Die AktivistInnen arbeiten gegen die volle Kraft des rassistischen und chauvinistischen britischen Staates, um auf die Entmenschlichung von MigrantInnen aufmerksam zu machen. Im Jahr 2018 traten 120 Menschen in Yarl's Wood in den Hungerstreik, um gegen die unbefristete

Haft, ausbeuterische Arbeit, den Mangel an angemessener medizinischer Versorgung und die nicht freiwillige Abschiebung zu protestieren, neben geschlechtsspezifischeren Themen wie der Inhaftierung von Missbrauchsüberlebenden. Im Jahr 2016 enthüllten Stonewall und die Lesben- und Schwulen-Immigrationsgruppe des Vereinigten Königreichs den fehlenden Zugang zu Medikamenten, Schutz und „sicherer Zuflucht“ für LGBTQI+-Personen in Haft.

An anderer Stelle protestierte der Südost-Londoner Zweig der feministischen Direktaktionsgruppe Sisters Uncut gegen die Anstellung von EinwanderungsbeamtInnen in den örtlichen Diensten für häusliche Gewalt und beleuchtete, wie zwischenmenschliche und staatliche Gewalt ineinandergreifen, so dass Frauen und nichtbinäre MigrantInnen aus Angst vor Abschiebung ihre Täter nicht verlassen können. Diese Kampagne lenkte auch die Aufmerksamkeit auf die Auswirkungen von No Recourse to Public Funds (Kein Rückgriff auf öffentliche Gelder; NRPF), einer Bedingung für den Einwanderungsstatus aus Nicht-EU-Ländern, die MigrantInnen und Asylsuchenden den Zugang zu sozialen Ressourcen wie Flüchtlingsbetten verwehrt, wogegen die sich die Labour-Kampagne für Freizügigkeit wendet.

Während solche Kampagnen diese Themen weiter ins politische Rampenlicht gerückt haben, waren die Reaktionen der PolitikerInnen frustrierend unzulänglich. In ihrem Manifest für 2019 verpflichtete sich die Labour Party

zur Schließung der berüchtigten, gewalttätigen Gefangenengelager Yarl's Wood und

Brook House, ohne sich jedoch unmissverständlich gegen die Einwanderungshaft auszusprechen.

Darüber hinaus lösen PolitikerInnen oft die Probleme, mit denen Migrantinnen konfrontiert sind, von dem „feindlichen Umfeld“ und den damit verbundenen Sparmaßnahmen ab, in die sie eingebettet sind. Ein Beispiel

für diese Praxis ist der Fokus liberaler feministischer Abgeordneter auf den Sexhandel. Wie die Autorinnen von „Revolting Prostitutes“, Molly Smith und Juno

Mac, argumentieren, stellen Kampagnen gegen den Menschenhandel ihn oft so dar,

als ob einzelne Männer die Frauen in eine böse Sexindustrie entführen, und leugnen die Tatsache, dass der Menschenhandel oft dann stattfindet, wenn diejenigen, die bereits migrieren wollen, aufgrund des Mangels an sicherem, erschwinglichen und legalen Wegen, über die sie sich bewegen können, der Ausbeutung ausgesetzt werden.

Solche Kampagnen führen oft zu Forderungen nach der Kriminalisierung von Sexarbeit als Lösung für den Menschenhandel. Die Labour-Abgeordneten Jess Phillips und Sarah Champion, prominente Mitarbeiterinnen

des parteiübergreifenden parlamentarischen Ausschusses „Prostitution und weltweiter Sexhandel“, spiegeln diesen Gedankengang wider. Sie verknüpfen routinemäßig Menschenhandel mit Sexarbeit und nutzen ihre Unterstützung für die

Opfer des Menschenhandels, um für das nordische Modell zu werben, eine Politik,

für die Jeremy Corbyn ebenfalls vage Lippenbekenntnisse abgegeben hat, die Käufer von Sexarbeit und Dritte, die mit dieser in Verbindung stehen, kriminalisieren würde.

Wie SexarbeiterInnen in aller Welt argumentieren, würde jede Form der Kriminalisierung das Überleben von SexarbeiterInnen grundlegend erschweren. Dazu gehören auch migrantische SexarbeiterInnen, die sich möglicherweise für Sexarbeit entscheiden, weil sie keine gesetzlichen Rechte auf Arbeit oder den Zugang zu Sozialleistungen haben, Aspekte eines „feindlichen“

Umfelds“, die tief mit denselben gewaltsam rassistischen Grenzen verflochten

sind, die andere für MenschenhändlerInnen anfällig machen.

So übersieht die Verschmelzung von Sexarbeit und Menschenhandel - die Schuld für beides wird der männlichen Gewalt zugeschoben -

die Art und Weise, in der beide als unterschiedliche geschlechtsspezifische Manifestationen der rassistischen und migrantenfeindlichen Strukturen der Klassengesellschaft angesehen werden können, die zu überleben versucht wird.

Sie ignoriert auch die Realität, dass die Wege in die Sexarbeit, auch für MigrantInnen, oft durch einen Mangel an gut bezahlten alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten und durch Kürzungen der Sozialleistungen, die den

Schwächsten schaden, genährt werden. Eine solche Rhetorik verschleiert also die

gemeinsamen Unterdrückungen zwischen MigrantInnen und anderen Menschen aus der

ArbeiterInnenklasse, was den Aufbau von Solidarität zwischen den Gruppen erschwert.

Dieser Fokus auf den Menschenhandel trägt auch dazu bei, dass die gewalttätigen patriarchalischen Kräfte in den halbkolonialen Ländern

vereinfacht mit dem Vereinigten Königreich kontrastiert werden, das als liberaler sicherer Hafen für Frauen und LGBTQI+- Menschen dargestellt wird.

PolitikerInnen aller Couleur haben diese Rhetorik wiedergekäut. Wie die

Schriftstellerin Maya Goodfellow argumentiert, verschleiert die Förderung Großbritanniens als ein einladender, fortschrittlicher Staat seine gewaltsam kolonialistische Geschichte und seine bewusst „feindliche“ Gegenwart.

Jede linke oder sozialistische Alternative muss diese Rhetorik grundlegend in Frage stellen. Wir müssen erkennen, dass die miteinander verflochtene Einwanderungs- und Sparpolitik Großbritanniens entscheidend zur gewaltsamen Unterdrückung von Frauen und nichtbinären MigrantInnen beiträgt. Dies muss ein Engagement für offene Grenzen und die Bereitstellung sicherer Migrationsrouten durch Europa und darüber hinaus einschließen, wobei das „feindliche Umfeld“ in Frage gestellt werden muss, das Frauen und LGBTQI+-Asylsuchende weiter dem Missbrauch aussetzt und sie dann zwingt, diesen Missbrauch erneut zu erleben, um Zuflucht zu finden. Es gibt keine „humanen“ Gefangenengelager, und der Kampf für Frauenrechte muss den für die Beendigung der unbefristeten Haft und die Schließung von IRCs für EinwanderInnen einschließen. Die Unterstützung für die Opfer von Menschenhandel muss mit der Unterstützung der Rechte von SexarbeiterInnen einhergehen, wobei die entscheidenden Unterschiede zwischen Menschenhandel und Sexarbeit anerkannt werden müssen. Dennoch muss man verstehen, wie beide mit einem Kontext von Grenzen, Sparmaßnahmen und dem Mangel an sicheren, legalen Alternativen zusammenhängen. Grundsätzlich müssen wir anerkennen, dass die Rechte von Frauen und MigrantInnen Klassenfragen und ein integraler Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus sind.

Islamische Bekleidung: Sexismus und Islamfeindlichkeit in den imperialistischen Kernländern

Rebecca Anderson, Red Flag Großbritannien, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

In den letzten zehn Jahren haben viele europäische Länder Frauen verboten, islamische Kleidung zu tragen. PolitikerInnen haben dazu tendiert, diese islamfeindlichen Gesetze als Integration oder Frauenbefreiung zu verkleiden und sie damit zu rechtfertigen, dass sie genau den Frauen zugutekommen, deren Rechte beschnitten werden.

Die Verbote sind von Land zu Land unterschiedlich und umfassen die Burka, die Kopf und Gesicht einschließlich der Augen bedeckt, den Niqab, der Kopf und Gesicht, aber nicht die Augen bedeckt, und den Hidschab oder das Kopftuch, das nur den Kopf bedeckt.

Zunehmende Islamophobie

Der Rassismus gegen MuslimInnen in Europa und Nordamerika hat nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA, den darauf folgenden Invasionen im Irak und in Afghanistan sowie dem Syrienkrieg deutlich zugenommen. Mit der Invasion und Besetzung der Länder des Nahen und Mittleren

Ostens kam der Terrorismus durch diejenigen auf, die sowohl durch den Konflikt selbst als auch durch die soziale Isolation und den Rassismus, denen sie als MuslimInnen in Ländern wie Großbritannien, Frankreich und den USA ausgesetzt waren, radikaliert wurden.

Im Jahr 2019 richteten sich 47 Prozent der Hassverbrechen in Großbritannien gegen MuslimInnen. Frauen waren in der Regel die meisten Opfer, wobei weiße Männer am ehesten als Täter in Frage kamen. In den USA gibt es ein ernstes Problem mit der beiläufigen Berichterstattung über Hassverbrechen, die ebenfalls nur langsam veröffentlicht werden, aber es gab eine 2000-prozentige Zunahme der Angriffe und solche Vorfälle verharren auf hohem Niveau.

Verbot der islamischen Kleidung

In diesem Zusammenhang sind die Staaten dazu übergegangen, muslimischen Frauen das Tragen traditioneller islamischer Kleidung zu verbieten, was in der Bevölkerung breite Unterstützung findet. Eine 2016 in Großbritannien durchgeführte YouGov-Umfrage ergab, dass mehr als zwei Drittel der Bevölkerung ein Verbot der Burka unterstützten, wobei die 18-24-Jährigen die einzige Altersgruppe waren, die sich gegen ein Verbot aussprachen. Umfragen ergaben ein ähnliches Maß an Unterstützung für ein Verbot in Deutschland, jedoch eine Zweidrittelmehrheit gegen ein Verbot in den Vereinigten Staaten, was vielleicht eine historisch-kulturelle Opposition gegen die staatliche Einmischung in persönliche Angelegenheiten widerspiegelt.

Im Jahr 2011 war Frankreich bekanntlich das erste

europäische Land, das Burkas und Niqabs verboten hat. Dasselbe Gesetz verbot Staatsangestellten, einschließlich Lehrerinnen, das Tragen von Hidschabs. Belgien folgte schnell dem Beispiel und verbot Burkas und Niqabs drei Monate später, während die Niederlande 2016 ein ähnliches Gesetz verabschiedeten.

Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat sich für Verbote im Jahr 2016 ausgesprochen: „Der volle Gesichtsschleier ist unangemessen und sollte verboten werden, wo immer es rechtlich möglich ist“. Die Hälfte der sechzehn deutschen Bundesländer hat Vorschriften eingeführt, die es muslimischen Lehrerinnen verbieten, ihr Haar oder ihr Gesicht zu bedecken. Österreich hat 2017 den Niqab und die Burka in Gerichten und Schulen verboten.

In Großbritannien hat der Staat das Recht der Frauen, ihr Gesicht oder ihre Haare zu bedecken, nicht eingeschränkt, erlaubt aber einzelnen Schulen, Verbote auszusprechen.

Eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen das französische Verbot ist gescheitert, und so wurde diese Behandlung muslimischer Frauen auf supranationaler Ebene gebilligt, so dass europäische Frauen keine weiteren Rechtsmittel gegen diese Verbote besitzen.

Die „feministische“ Verteidigung

Das Verbot islamischer Kleidung hat bei den rechten FeministInnen Unterstützung gefunden, insbesondere in Frankreich. Diese Rechtfertigungen geben der Islamophobie einen feministischen Deckmantel und wurden von den GesetzgeberInnen aufgegriffen.

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy sagte 2009: „Das Problem der Burka ist kein religiöses Problem, es ist ein Problem der Freiheit

und der Würde der Frau. Sie ist kein religiöses Symbol, sondern ein Zeichen der Unterwürfigkeit und Entwürdigung. Ich möchte feierlich sagen, dass die Burka in Frankreich nicht willkommen ist. In unserem Land können wir keine weiblichen Gefangenen hinter einem Wandschirm aufnehmen, die von allem sozialen Leben abgeschnitten und jeder Identität beraubt sind. Das ist nicht unsere Vorstellung von Freiheit.“

Die französische feministische Organisation, die Internationale Liga für Frauenrechte, betrieb beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte das Verbot von Niqabs und Burkas und schrieb: „Der Ganzgesichtsschleier, indem er [buchstäblich den Körper und] das Gesicht begräbt, stellt eine wahre Auslöschung der Frau als Individuum in der Öffentlichkeit dar... Wie kann man nicht sehen, dass das Tragen des Vollschleiers auch eine symbolische Gewalt gegenüber anderen Frauen darstellt?“

Die Wirkung dieses „Feminismus“ besteht darin, muslimische Frauen von der Arbeit zu verdrängen und sie auf der Straße unsicherer zu machen. Verbote geben RassistInnen, die muslimische Frauen missbrauchen oder angreifen wollen, mehr Auftrieb. Sie ermutigen KundInnen und KolleInngen, diejenigen herauszufordern, die islamische Kleidung tragen, und sie legalisieren die Entlassung muslimischer Frauen aus dem Arbeitsleben.

Nach der Verhängung des französischen Verbots von Niqabs und Burkas berichtete das französische Kollektiv gegen Islamophobie über einen Anstieg der Zahl der körperlichen Angriffe auf Frauen, die diese Kleidung tragen.

Die Logik dieser Verbote verweigert den muslimischen Frauen die Fähigkeit, eigene Entscheidungen zu treffen, politische Ideen zu

entwickeln

und sich zu organisieren. Muslimische Frauen werden als Opfer ihrer Familien

und Gemeinschaften behandelt, und die Tatsache, dass sie nie um diese Verbote

gebeten haben, wird nicht einmal in Betracht gezogen.

Das Integrationsargument

Es ist auch nicht so, dass der Niqab und die Burka weit verbreitet sind. In Vorbereitung auf das Verbot der islamischen Kleidung in Frankreich, einem Land mit fünf Millionen MuslimInnen, hat die Regierung den

Geheimdienst gebeten, Statistiken über die Anzahl der französischen Musliminnen

zu erstellen, die diese Kleidungsstücke tragen. Als der Geheimdienst berichtete, dass weniger als vierhundert ihr Gesicht bedeckten, wurde er gebeten, erneut zu zählen, und kam mit einer Zahl von knapp zweitausend zurück.

MuslimInnen werden für die Diskriminierung gegen sie verantwortlich gemacht, und der Niqab und die Burka werden als Symbole für ein

„Versagen“ bei der Integration hochgehalten. Es wird argumentiert, dass MuslimInnen, wenn sie sich besser integrieren würden, nicht mit rassischer oder

religiöser Diskriminierung konfrontiert würden. Es ist jedoch die Diskriminierung, die der Teilnahme muslimischer Frauen am öffentlichen Leben

Hindernisse in den Weg legt. In Großbritannien stellte der Ausschuss für Frauen

und Gleichberechtigung fest, dass muslimische Frauen dreimal so häufig arbeitslos

sind und nach Arbeit suchen.

Marxismus, Sexismus und Islamfeindlichkeit

Als MarxistInnen erkennen wir natürlich den Sexismus, der der Idee innewohnt, dass Frauen sich „bescheiden“ kleiden sollten. Es ist nicht

Sache der Frauen, sich zu kleiden, um sexuelle Belästigung zu vermeiden, sondern es ist Sache der Männer, sich zu entscheiden, nicht zu belästigen. Das

Christentum blickt auch auf eine lange Tradition zurück, in der Frauen ihre Haare aus Bescheidenheit bedecken, daher die Bekleidungsgebräuche bei Nonnen.

Religionen wie das Christentum und der Islam gründen auf den Geschlechterverhältnissen, wie sie vor Jahrhunderten bestanden, und während sie sich ständig an die Ideologien der derzeit herrschenden Klassen christlicher und muslimischer Länder anpassen, sind sie wie alle Religionen konservative Ideologien, die zur Rechtfertigung der Unterdrückung von Frauen in der Klassengesellschaft benutzt werden.

Das Verbot islamischer Kleidung schafft nicht nur ein feindseliges Umfeld für muslimische Frauen, sondern trägt auch dazu bei, Kriege

im Nahen und Mittleren Osten und die Unterdrückung der muslimischen Bevölkerung

imperialistischer Länder zu rechtfertigen, indem Muslime als einzigartig sexistisch dargestellt werden, die eine oft ghettoisierte Gemeinschaft „entfremden“.

Feministinnen, die die Verbote unterstützen, verleihen der rassistischen Politik, die die Unterdrückung der muslimischen Frauen verschlimmert, einen feministischen Deckmantel.

RevolutionärInnen sollten sich auch gegen die Verbote wenden, weil jedes Gesetz, das die individuelle Freiheit einschränkt, gegen Andersdenkende eingesetzt wird. Im Jahr 2012 benutzte die Polizei in Marseille

die französischen verbotenen Burkas und Niqabs, um Frauen in Sturmhauben zu verhaften, die gegen die Verurteilung der russischen Punkband Pussy Riot protestierten. Die Verhaftung weißer Feministinnen war nicht die Absicht des Verbots, aber die Polizei wird immer alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen.

Die entscheidende Lösung für die Befreiung der muslimischen Frauen ist die gleiche wie für alle Frauen: volle und uneingeschränkte Teilnahme am öffentlichen Leben. Dazu gehört alles, von der kostenlosen Kinderbetreuung über die gleiche Bezahlung zur Beseitigung der materiellen Basis der Frauenunterdrückung bis hin zur Bekämpfung von Belästigungen und der Bereitstellung von Zuflucht für Überlebende. Für muslimische Frauen gibt es auch spezifische Maßnahmen, und dazu gehören die Freiheit, islamische Kleidung

zu tragen, und offene Grenzen, um die Superausbeutung von Menschen ohne Staatsbürgerschaft zu verhindern. Es muss auch anerkannt werden, dass der Rassismus, den muslimische Frauen erleben, sich mit dem Sexismus überschneidet,

und der Kampf für die Befreiung der Frauen kann nicht vom Widerstand gegen imperialistische Kriege im Ausland und rassistische Maßnahmen zur Stigmatisierung der muslimischen Bevölkerung der imperialistischen Länder, insbesondere von MigrantInnen und Flüchtlingen, getrennt werden.

Diskutieren geht nicht!

Veranstaltungsreihe zum Antisemitismus wird bekämpft - Rede und Versammlungsrecht verteidigen!

Rechte Kräfte in verschiedenen deutschen Städten versuchen eine Veranstaltung der Gruppe Arbeiter_innenmacht mit aller Kraft zu unterbinden. Ihr Ziel ist es, eine materialistische Analyse von antisemitischer Ideologie zu verhindern. REVOLUTION verteidigt das Recht auf Rede- und Versammlungsfreiheit und solidarisiert sich mit der Gruppe Arbeiter_innenmacht in ihrem Kampf gegen Antisemitismus und Rechtsruck! Wir teilen deshalb im Folgenden das Statement der Genoss_innen, in dem sie länger auf den Vorfall eingehen:



Stellungnahme der Gruppe ArbeiterInnenmacht, 3. November 2019:

Zu den wenigen „guten“ Traditionen der „Linken“ in Deutschland gehört die gemeinsame Nutzung von Veranstaltungsräumen in einer Stadt. Trotz mancher ideologischer und methodischer Differenzen versuchen Organisationen, diese Räume gemeinsam zu nutzen und auch diese zu erhalten. So geben sich bei vielen Veranstaltungsräumen Gruppierungen die Klinke in die Hand, die sonst kaum gegenseitig solidarisch wären. Das gehörte hierzulande lange zur Normalität, gewissermaßen auch eine „demokratische“ Errungenschaft.

Seit mehreren Jahren sind jedoch linke, antiimperialistische und palästinasolidarische Gruppierungen mit Versuchen sog. „antideutscher Gruppierungen“ konfrontiert, dass Veranstaltungen verhindert werden, die ihrer pro-imperialistischen Haltung zum „Nahostkonflikt“ nicht entsprechen.

Zur Zeit trifft dies auch unsere Organisation. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Antisemitismus – eine marxistische Analyse“ wollen wir in mehreren Städten die Ausgabe 51 des „Revolutionärer Marxismus“, des theoretischen Journals der Gruppe ArbeiterInnenmacht, vorstellen. Dieses Vorhaben wird zur Zeit in jeder Stadt torpediert und diffamiert, wo wir eine materialistische Kritik des Antisemitismus zur Diskussion stellen wollen. So wurden zuletzt unsere geplanten Veranstaltungen in Berlin (Mehringhof) und in Stuttgart (Falkenbüro) abgesagt.

So begründete das Falkenbüro die Absage damit, dass die „antideutsche Szene“ Druck ausgeübt habe, dem nachzugeben es sich gezwungen sah. Der Mehringhof möchte dieses „konfliktbehaftete“ Thema nicht in seinen Räumlichkeiten diskutiert haben. So argumentiert zumindest die Mehrheit der dortigen Projekte und/oder Organisationen.

In Dresden mobilisiert die antideutsche Szene unter anderem auch mit Drohungen gegen den dortigen kurdischen Verein und hat eine Demonstration gegen unsere Veranstaltung ankündigt.

Auch außerhalb der Veranstaltungsreihe nehmen diese politischen Angriffe zu. So soll in den kommenden Wochen eine Veranstaltung über den sogenannten „linken Antisemitismus“ in Kassel stattfinden, womit sie die Nichtanerkennung der zionistischen Besatzungspolitik in Palästina meinen. Hier soll die pseudowissenschaftliche Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus am Beispiel der kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION und dem Friedensratschlag in Kassel konstruiert werden. In Frankfurt am Main soll es eine ähnliche Veranstaltung am Beispiel des aufgelösten und von staatlicher Repression betroffenen Jugendwiderstands geben.

Es war uns durchaus klar, dass dieses Thema polarisiert. Deswegen haben wir ja auch diesen Artikel veröffentlicht, um eben eine marxistische Analyse des Antisemitismus herzuleiten, seine rassistisch verkürzte Kapitalismus „kritik“ offenzulegen, welche Klassenbasis ihm zugrunde liegt und wie dieser von der ArbeiterInnenbewegung bekämpft werden kann. Ebenfalls haben wir im Artikel dargelegt, warum „Israelkritik“ nicht mit

Antisemitismus gleichzusetzen ist. So ist auch Antizionismus (sofern sich dahinter kein Antisemitismus versteckt) für jede/n internationalistische/n Aktive/n zu verteidigen, da wir den Zionismus als eine nationalistische und reaktionäre Ideologie ablehnen. Wir differenzieren in dem Artikel zwischen Antisemitismus als Kernelement jeder reaktionären rassistischen Ideologie (wie er gerade auch wieder in und um den rechten Terror in Halle deutlich geworden ist) und einer notwendigen linken Kritik am Staat Israel und seiner Rolle im neokolonialen System des Nahen Ostens. Wir lehnen gerade die Identifizierung jüdischer Menschen weltweit mit der Politik dieses Staates grundlegend ab, ja halten diese Ineinssetzung selbst für zutiefst antisemitisch. An diesem Punkt sind dann alle „antideutschen, ideologiekritischen“ Szenen und Gruppierungen alarmiert. Sie fürchten Widerspruch zu ihrer Definition von Antisemitismus, die sich mit der Bundesregierung deckt, wie auch ihre „Israelsolidarität“ mit der israelischen Rechten von uns abgelehnt wird.

Wir halten es ebenso für ein demokratisches Recht, diese linke Kritik zu veröffentlichen und auch dies öffentlich zu vertreten wie auch konträre Positionen in der „Linken“ zu diskutieren. Wenn dies nun in Frage gestellt wird, ist es die Aufgabe der ganzen „Linken“, sich dazu zu verhalten. Wir rufen Gruppierungen, Netzwerke und Strömungen auf, das Recht auf „freie Meinungsäußerung“ gerade auch in „linken Räumlichkeiten“ zu verteidigen.

Dass wir BDS Berlin und das Palästinakomitee Stuttgart eingeladen haben, wird ebenfalls als Vorwand benutzt, um gegen unsere Veranstaltungen zu hetzen. Wir verteidigen das Recht der palästina-solidarischen Bewegung, öffentlich zu sprechen und gegen den demagogischen und verleumderischen „Antisemitismus-Vorwurf“ Stellung zu beziehen. Wir halten es für ein demokratisches Recht der Palästina-Solidarität, der migrantischen und anti-imperialistischen Organisationen, sich gegen diesen Vorwurf zu verteidigen und mit uns zum Thema zu sprechen.

Auch außerhalb dieser Veranstaltungen nehmen solche gezielten bürokratischen Angriffe zu. Dafür haben wir mit anderen linken Organisationen im Juni den gemeinsamen Aufruf „Antizionismus ist kein Antisemitismus“ gestartet. Wir rufen alle Linken auf, diesen gemeinsamen

Aufruf zu unterzeichnen und künftig solche bürokratischen Manöver nicht unbeantwortet zu lassen. Ein gemeinsamer Widerstand gegen diese darf nicht nur dabei stehlenbleiben, sondern braucht auch eine klare Perspektive, wie wir gegen den erstarkenden Antisemitismus ankämpfen wollen und müssen.

Für uns zeigt dies erneut, dass der Kampf gegen den Antizionismus, den der deutsche Imperialismus samt seiner „antideutschen“ ErfüllungsgehilfInnen führt, dem notwendigen Kampf gegen den Antisemitismus in Zeiten eines gesellschaftlichen Rechtsrucks praktisch im Wege steht. In Zeiten antisemitischer Anschläge, wie dem kürzlich in Halle, offenbart sich diese politische Agenda zunehmend als reaktionär.

Wir müssen inzwischen davon ausgehen, dass nicht nur alles versucht wird, dass wir keine Räume bekommen, sondern auch die Veranstaltungen gestört werden und es zu Übergriffen kommen kann. Dies ist sicherlich beschämend für die „Linke“ insgesamt, zeigt aber deutlich, dass die antideutsche Szene einen staatstragenden, pro-imperialistischen und reaktionären Charakter trägt.

Wir wollen gerade bei „konfliktbehafteten Themen“ die Diskussion führen, sehen darin die Möglichkeit, politische Differenzen zu überwinden: Diskussion statt Verbot wäre unsere Lösung. Wir hoffen auf die Solidarität der internationalistischen Linken, damit wir unsere Veranstaltungen durchführen können - ohne Störungen und ohne Gewalt.

Kontaktiert uns, wenn Ihr Interesse habt, das Thema in Eurer Stadt zu diskutieren wie auch, wenn Ihr unsere Veranstaltungen besuchen und schützen wollt!

Schließlich halten wir es für notwendig, dass nicht einfach pauschal über unseren angeblichen „Antisemitismus“ Verleumdungen verbreitet und darauf aufbauend Verbote ausgesprochen werden, sondern vielleicht erstmal unsere Thesen zu lesen: Denn gerne sind wir bereit, auch darüber zu diskutieren (<http://arbeiterinnenmacht.de/2019/09/12/antisemitismus-zionismus-und-die-frage-der-juedischen-nation/>). Lasst uns also nicht nur mit diesen staatstreuen

RassistInnen herumschlagen, sondern gemeinsam für eine Welt kämpfen, in der Antisemitismus keinen Nährboden haben kann!

Daher laden wir auch noch einmal zur Teilnahmen an den drei Veranstaltungen ein:

Berlin, 14. November, 19.00 Uhr, Spreefeld Genossenschaft, Wilhelmine-Gemberg-Weg-14

Stuttgart, 16. November, 18.00 Uhr, Clara-Zetkin-Haus, Gorch-Fock-Straße 26

Dresden, 14. Dezember, 18.00 Uhr, Kurdischer Verein, Oschatzer Str. 26

Österreich: Massenkundgebung gegen Strache und die Regierung!

Bericht von REVOLUTION Austria

Heute waren tausende Menschen - die Polizei spricht von 5.000, wir können daher von deutlich mehr ausgehen - gegen (Ex-)FPÖ-Chef H. C. Strache und die schwarz-blaue Regierung auf der Straße. Die Stimmung war gleichzeitig kämpferisch und euphorisch, da der verhasste Strache endlich zum Rücktritt gezwungen wurde. REVOLUTION und Arbeiter*innenstandpunkt nahmen zusammen an der Kundgebung teil, wir rufen zu einer Massenbewegung zum Sturz der Regierung und gegen die Politik für die sie steht auf.

Der Hintergrund für den Protest ist ein jetzt aufgetauchtes Video aus dem Sommer 2017. In diesem Video sprechen Strache und (Ex-)FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus mit einer vermeintlichen russischen Oligarchin über

profitable Kooperationen mit der FPÖ. Der Ursprung des Videos ist bisher nicht geklärt, aber die FPÖ streitet die Echtheit des Videos nicht ab. In dem Video spricht Strache offen darüber, wie man Großspenden an den Behörden vorbei über einen Verein leiten könnte und, dass dies auch jetzt schon passiert (genannt werden unter anderem der Waffenproduzent Gaston Glock, die MilliardärInnen Heidi Horten und René Benko oder der Glückspielkonzern Novomatic). Das zeigt klar, die Verbindungen der FPÖ zu den Reichsten und Mächtigsten Österreichs. Die FPÖ ist eben keine Partei der kleinen Leute, sondern ein zentraler Verbündeter der österreichischen KapitalistInnen.

Das zweite pikante Detail ist, dass Strache mit der vermeintlichen Millionärin bespricht, die KRONE (die auflagenstärkste Zeitung Österreichs) zu kaufen, dort unliebsame JournalistInnen hinauszuschmeißen und FPÖ-FreundInnen zu installieren. Er wünscht sich eine parteitreue Presselandschaft wie sie Orban in Ungarn, Erdogan in der Türkei oder Putin in Russland haben. Er schlägt ihr auch vor, im Gegenzug zu der politischen und finanziellen Unterstützung Staatsaufträge, die aktuell an die STRABAG gehen, zuzuschanzen.

Die Kundgebung selbst, die vor allem von spontanen Emotionen zuerst der Verärgerung und später (nach dem Bekanntwerden des Rücktritts von Strache) von Freude geprägt war kann aber nur der Anfang sein. Zum aktuellen Zeitpunkt ist noch nicht klar, ob die Kurz-ÖVP die Regierungskoalition mit der FPÖ aufkündigen wird, oder sie mit geänderter Besetzung fortsetzen wird.

Diese Kundgebung muss der Auftakt einer Bewegung gegen die gesamte schwarz-blaue Regierung sein. Weder Neuwahlen noch die Rückkehr zur großen Koalition bedeuten einen Bruch mit der rassistischen, frauenhassenden und arbeiterInnenfeindlichen Politik von Schwarz-Blau. Ganz im Gegenteil: FPÖ und ÖVP haben noch viel vor, dass an die korrupten Versprechungen von Strache anknüpft. Die Steuerreform zur Entlastung der Reichsten, Sozial- und Gesundheitsabbau, und die Angriffe auf Gewerkschaftsbewegung und Arbeiterkammer sind mehrmals angekündigt worden, aber noch nicht durchs Parlament gegangen. Diese Projekte werden

die Parteien, auch unter anderer Führung oder nach Neuwahlen weiterverfolgen.

Aber wir können die Krise der FPÖ in eine Krise der Regierung und eine Krise der Regierungspolitik verwandeln. Eine Massenbewegung auf der Straße, an Arbeitsplätzen, Schulen und Unis kann nicht nur die Koalition unter Druck setzen, sondern das System, dass sie verteidigen und verschärfen. Die zu Recht wütenden ArbeiterInnen, Jugendlichen und Arbeitslosen können ihre Wut auf die Korruption gegen das System richten aus dem sie entstanden ist. Es ist die Aufgabe von RevolutionärInnen und Linken, jetzt eine Strategie zu entwickeln, die das möglich macht. Wir bleiben dran.

Remembering means Fighting - Gemeinsam gegen staatlichen Rassismus

Christian Meyer

Am 07.01.2019 jährt sich der Todestag des Geflüchteten Oury Jalloh. Über Tausend Menschen kamen 14 Jahre später in seinem Todesort zusammen, um zu gedenken und zu demonstrieren, denn Erinnern heißt Kämpfen! Oury Jalloh wurde damals verhaftet, weil er angeblich Passant_innen in Dessau (Sachsen-Anhalt) belästigte und betrunken gewesen sein soll. Dabei fragte er lediglich, ob er sich ein Handy zum telefonieren ausleihen könnte. Später geriet seine Zelle auf der Polizeiwache in Dessau in Brand. Oury war an Händen und Füßen an eine Holzbank gefesselt und war somit dem Brand hilflos ausgeliefert.

Schnell kam von offizieller Seite (von der der Polizei wie auch der

Staatsanwaltschaft Halle/Saale) das Statement, dass Oury sich selbst angeblich angezündet hätte und bei dem Brand ums Leben kam. Dass das aufgrund der Faktenlage jedoch ein Ding der Unmöglichkeit darstellt, sollte eigentlich jeder_m auffallen, der oder die sich mit dem Fall befasst. Wie soll man sich selbst anzünden, wenn man mit beiden Händen gefesselt ist?

An der offiziellen Selbstmordthese kamen bereits vor 14 Jahren Zweifel auf und es kam zu einem Gerichtsverfahren, welches am Ende allerdings aus Mangel an Beweisen eingestellt wurde. In den darauf folgenden Jahren setzte sich die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh immer wieder dafür ein, dass ein Rechtsgutachten erstellt werden sollte, welches die Selbstmordthese widerlegen sollte. So kam es dann auch dazu und das Verfahren musste komplett neu aufgerollt und noch einmal verhandelt werden. Am Ende wurde jedoch erneut von Gerichtsseite die Selbstmordthese bestätigt.

Erst aufgrund massiven öffentlichen Drucks und weiterer Gutachten wurde im Jahr 2017 ein weiterer Prozess in Gang gesetzt, der endgültig Licht ins Dunkel bringen und die genauen Todesumstände klären soll. Ende des vergangenen Jahres erfolgte jedoch das endgültige Urteil, welches die Selbstmordthese weiterhin aufrecht erhält. In der Zwischenzeit hatte der bürgerliche Staat jedoch nichts Besseres zu tun, als Antirasist_innen und Mitglieder der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh mit Repressionsmaßnahmen zu überziehen.

Das wiederum und die stetigen Behinderungen der Ermittlungsarbeit lassen den Schluss zu, dass hier ein rassistischer Mord vertuscht werden sollte.

Ein Einzelfall? Keines Wegs.

Nun könnte man meinen, dass der Fall Oury Jalloh zwar bedauernswert ist und es sich eigentlich um einen klaren Justizskandal handelt, aber es eigentlich ein Einzelfall ist. Dem ist aber nicht so. Allein gegen die Polizeiwache in Dessau, auf der Oury Jalloh starb, gibt es in mehreren Fällen zumindest den Verdacht, dass hier Personen misshandelt und unter ungeklärten Umständen zu Tode gekommen sind. Dass dies jedoch die Ausnahme ist, ist allerdings ein eher scheinheiliges Argument, schließlich

soll ja das Saubermann-Image der hiesigen Justiz nicht in Frage gestellt werden.

Dazu kommt, dass mit Ammad A. im vergangenen Sommer in der JVA Kleve in Nordrhein-Westfalen ein weiterer Gefangener auf dieselbe Art und Weise wie Oury Jalloh ums Leben gekommen ist. Besonders bitter ist nicht nur die Tatsache, dass Ammad ein kurdischer Aktivist war, sondern er lediglich aufgrund einer Verwechslung eingesperrt war. Auch wenn sich hinterher der Innenminister von NRW bei den Angehörigen von Ammad entschuldigte, wirft dies ein weiteres mal ein schlechtes Licht nicht nur auf die Haftbedingungen, unter denen Gefangene hierzulande inhaftiert sind, sondern auch auf den Umgang mit in diesem Falle politischen Gefangenen.

Die Liste von rassistischen Skandalen im staatlichen Justizapparat lässt sich noch endlos fortsetzen. An dieser Stelle sei nur an die rassistische Mordserie des NSU erinnert, bei dem die Justiz ebenfalls kein allzu gutes Bild abgab. Statt den schrecklichen rassistischen Charakter dieser Mordserie zu erkennen, wurden die Opfer dem kriminellen Milieu zugeordnet, verhöhnt und zuallererst die Angehörigen verdächtigt und massiv unter Druck gesetzt. Erst nachdem eine deutsche Polizistin im Jahr 2007 ermordet wurde und es auch hier zu mehreren Ermittlungspannen kam wurde mehr oder weniger „zufällig“ die NSU-Mordserie aufgedeckt. Während zwei der fünf vermeintlichen Hauptäter starben, konnten die anderen drei gefasst werden und sitzen seit knapp fünf Jahren wegen Beihilfe zum zehnfachen Mord auf der Anklagebank.

Auch hier zeigt sich, wie staatliche Institution zutiefst in die rassistischen Grausamkeiten verwickelt waren, was nicht nur geschredderte Akten, sondern auch auf vermeintlich ungeklärte Weise umgekommene Kronzeugen wie etwa Aussteiger aus der Nazi-Szene, welche in einem Zeugenschutzprogramm waren, oder auch ehemalige V-Leute, die ebenfalls auf mysteriöse Art starben, betrifft.

Alltagsrassismus und gesellschaftlicher Rechtsruck

Doch diese Todesfälle und Morde sind bei weitem nicht das Einzige. Seit

nunmehr bald vier Jahren erleben wir ein rasantes Zunehmen an Alltagsrassismus. Vorläufer dieser sich zusätzlichen Situation, in der sich rechte Schlägertrupps auf den Straßen zu Angriffen auf Migrant_innen hierzulande zusammenrotten, zeichneten sich bereits im Herbst 2014 ab, als in Köln im Rahmen der sogenannten „HoGeSa“-Demos (Hooligans gegen Salafisten) knapp 5.000 Nazis sich zusammengetan hatten und randalierend durch die Kölner Innenstadt zogen.

Einen weiteren Höhepunkt bildeten dann 2015 die PEGIDA-Demos in Dresden so wie ihre Ableger im Bundesgebiet, bei denen sich zehntausende Beteiligten. Doch damit war es noch lange nicht vorbei. Auch in den vergangenen beiden Jahren setzte sich der gesellschaftliche Rechtsruck fort, einerseits durch rechte Mobilisierungen zu Kundgebungen und Demonstrationen (auch wenn diese kleiner ausfielen als noch zu den Hochzeiten von PEGIDA), andererseits aber auch durch die Wahlerfolge der AfD im Zusammenhang der „Flüchtlingskrise“.

In diesem Zusammenhang bleiben uns auch die rassistischen Hetzjagden im letzten Jahr in Chemnitz in Erinnerung, bei denen Migrant_innen, Asylbewerber_innen, Geflüchtete aber auch Linke und somit alle, die nicht in das reaktionär-rassistische Weltbild der „Kampfarier“ (rechte Hooligans) und ihrer anzugtragenden Parlamentsvertreter_innen passen, angegriffen. Dass dabei die sächsische Polizei tatenlos zusah und mit der Situation angeblich „überfordert“ war, passt ganz gut ins Bild, denn schließlich wurde eine linke Demo zwei Wochen vor den Vorfällen in Chemnitz von einem hochgerüsteten Bullenaufgebot auf ziemlich brutale Art aufgelöst.

Der Alltagsrassismus spiegelt sich dabei allerdings noch durch andere Dinge wider, wie etwa bei den Rufen der Medien und diverser Politiker_innen aller Parteien (hier macht auch schändlicher Weise die Linkspartei in Person von ihrer Parteichefin Sarah Wagenknecht mit, wenn sie fordert, dass Migrant_innen, die ihr Gastrecht verwirkt hätten, abgeschoben werden müssen) oder auch durch rassistische Polizeikontrollen aufgrund des Aussehens oder aber auch tatsächliche Angriffe auf Geflüchtete und deren Unterkünfte.

Genauso verhält es sich, wenn permanent über „die“ Geflüchteten hergeholt und behauptet wird, dass sie angeblich viel Geld, teure Kleidung und andere materielle Dinge bekommen würden, ohne dafür arbeiten zu müssen. Andererseits zeigt dies ebenso wie die Behauptung, Geflüchtete würden nur deshalb herkommen, um Arbeitsplätze oder Sozialleistungen wie etwa Hartz IV wegzunehmen, einen zunehmenden Sozialneid, der auch sozialchauvinistische Züge annimmt, wenn es etwa um die Sanktionierungen von angeblichen Missbrauch von Sozialleistungen geht. Der berechtigte Ärger über Sozialkürzungen, schlechte Arbeitsverhältnisse und zunehmende soziale Unsicherheit wird somit weg von den Verantwortlichen auf Migrant_innen, Geflüchtete, „den Islam“, „die Gutmenschen“ und „den Genderwahn“ gelenkt. Wenn dem keine antikapitalistische Kritik und Praxis entgegen gehalten wird, kann eine solche Stimmung schnell die Grundlage für rassistische Angriffe und Morde werden.

Wie dagegen kämpfen?

All dies zeigt eindeutig, wie wichtig der Kampf gegen den Rechtsruck innerhalb der Gesellschaft ist, auch wenn manche politische Organisationen das nicht wahrhaben wollen und stattdessen lieber vom „Rechtsruck der Regierung“ sprechen.

Doch das ist nichts weiter als die Weigerung, sich näher mit dieser Thematik und einem aktivem Kampf gegen den Rechtsruck auseinanderzusetzen.

Leider war die (radikale) Linke in den vergangenen Jahren nicht besonders erfolgreich darin, wenn es um den Aufbau einer breiten Massenbewegung der Arbeiter_innen, Jugendlichen, Geflüchteten und anderer unterdrückter Teile der Klasse ging. Die reformistischen Arbeiter_innenparteien SPD und Linkspartei und mit ihnen die Gewerkschaften hielten sich teilweise aus dem Thema Antirassismus heraus oder beteiligten sich, wie im Fall der SPD, an Abschiebungen von Geflüchteten in vermeintlich sichere Herkunftsländer. In manchen Fällen beteiligten sich einzelne Mitglieder an Bündnissen wie etwa „Aufstehen gegen Rassismus“, die allerdings mehr den Fokus auf die Ausbildung von „Stammtischkämpfer_innen“ legen, um mit Rassist_innen wie etwa denen von der AfD diskutieren zu können und sie davon zu überzeugen,

dass sie mit ihren Ansichten daneben liegen als wie auf kollektive Aktionen wie Streiks, Demos, Kundgebungen und andere Aktionen etwa gegen Abschiebungen.

Wichtig ist es, den gemeinsamen Kampf gegen Rassismus zu diskutieren und zu koordinieren. Uns ist es nicht damit geholfen, wenn wir jede_r für uns unser eigenes Süppchen im antirassistischen Kampf kochen und nur deshalb die reformistischen Arbeiter_innenmassenorganisationen außen vor lassen, weil diese sich immer an die Spitze einer solchen Bewegung setzen und diese zahnlos oder handzahm werden lassen wollen.

Wir als Antirassist_innen brauchen diese Organisationen, nur dadurch können wir überhaupt eine wirksame Gegenwehr aufbauen, nicht, weil sie so besonders toll sind, sondern weil sie die Massen der Arbeiter_innenklasse organisieren und das wichtigste Instrument im Klassenkampf sind. Für uns als Antirassist_innen, die selber der Arbeiter_innenklasse angehören, geht es auch darum, den Kampf um die Führung innerhalb der Arbeiter_innenorganisationen zu führen und diesen zu unseren Gunsten zu entscheiden und nicht bloß tatenlos neben dran zu stehen und darauf zu beharren, dass sie uns ja eh wieder verraten werden wie sie das schon immer getan haben.

Des Weiteren rufen wir auch alle Gruppen dazu auf, sich an einer Aktionskonferenz zu beteiligen, welche nicht nur den antirassistischen Kampf, sondern auch den gegen die Angriffe auf unsere Sozialleistungen und unsere Errungenschaften, welche mühsam erkämpft wurden, koordiniert. Nur auf diese Art und Weise, wenn wir alle gemeinsam den Kampf gegen die Ursachen von Flucht, Vertreibung und Rassismus aufnehmen, können wir erfolgreich sein.

Libyen: Totgeschwiegenes Leid

Jaqueline Katherina Singh, REVOLUTION-Germany, Fight! Revolutionäre Frauenzeitung No. 6

Während im Innern der Festung Europa rechte Hetze und Gewalttaten zunehmen, scheinen die Außengrenzen unbezwingbar. Menschen, die vor Hunger, Krieg, Gewalt und Ausbeutung fliehen, lässt man im Mittelmeer ertrinken oder in Massenlagern an der Grenze von Griechenland oder der Türkei ihr Dasein fristen. Damit man sich gar nicht erst mit dem „Problem“ der Flucht herumschlagen muss, wurde in den letzten Jahren viel getan. Kriegsgebiete wie Afghanistan wurden zu sicheren Herkunftsländern erklärt, um jene, die es nach Europa geschafft haben, wieder abschieben zu können. Daneben wurden auf unzähligen Gipfeltreffen und Konferenzen Abkommen geschlossen, die Länder, durch die zentrale Fluchtrouten verlaufen, dazu verpflichteten, die Menschen, die fliehen wollen, gar nicht erst passieren zu lassen. Aktivist_Innen wie von der Organisation Jugend rettet!, die hingegen versuchen, Menschen vor dem Ertrinken zu retten, oder Leute bei ihrer gefährlichen Flucht unterstützen, werden kriminalisiert.

Zusammengefasst: Man tut viel, um sich nicht mit dem Leid, oftmals durch die EU selbst erzeugt, herumzuschlagen. So wundert es auch nicht, dass es nur bei einem kurzem medialen Aufschrei, der schnell in der Leere verhallte, blieb, als im letzten Jahr an die Öffentlichkeit kam, wie die praktische Umsetzung der „Fluchtverhinderung“ aussieht. Die Rede ist hier von den Gefängnislagern und Sklavenauktionen in Libyen. Das Land selbst steht seit dem Sturz von Diktator Gaddafi unter der Kontrolle von Milizen, unterschiedlichen Warlords und zwei konkurrierenden Regierungen. Doch das hinderte die EU nicht, 2016 die Zusammenarbeit zu erneuern. Schließlich hatte diese bereits Tradition. Laut einem Bericht von Amnesty International gibt es die Kooperation zur Migrationsverhinderung seit den 1990er Jahren zwischen Italien und Libyen, die bis heute beispielsweise in Form von gemeinsamen Patrouillen im Mittelmeer anhält. Aktuell wird diese Küstenwache übrigens von einem Warlord angeführt. Die Europäische Union mischt zwar „erst“ seit 2005 mit, investierte aber bisher dreistellige

Millionenbeträge, damit das Land in den Grenzschutz investieren kann. Zusätzlich gibt es Lehrgänge und Unterstützung für den dortigen Polizei- und Militärapparat.

Das alles geschieht im Namen der „Schlepperbekämpfung“. Doch schaut man sich die Situation an, merkt man, dass man eher Schlepper, Sklavenhandel, Folter und Tod finanziert, anstatt diese Übel zu beenden. Denn Menschen, die nach Libyen kommen, sind per se illegal. Aktuell sollen es 700.000 bis 1.000.000 sein. Meist werden sie von Schleppern oder Menschenhändlern mit dem Versprechen eines Arbeitsangebotes gewonnen und kommen oftmals Nigeria, Niger, Bangladesch oder Mali. Einmal in den Fängen solcher Leute, sind sie ihnen komplett ausgeliefert. Sie werden von ihrer Heimat nach Libyen gebracht, viele sterben auf dem Weg oder werden an andere Schlepper oder Milizen verkauft. Bei diesen müssen sie dann die Kosten für ihre Flucht abarbeiten. Für rund 400 Dollar werden Männer als Arbeitskräfte verkauft, Frauen als Sexsklavinnen oder Prostituierte. Geflüchtete, die von der Küstenwache auf der Flucht übers Mittelmeer erwischt werden, landen in Internierungslagern. Die dort erlebte Gewalt ist kaum in angemessene Worte zu fassen. Auf zu wenig Raum, mit maximal einer Mahlzeit am Tag sind sie dann der Willkür der Gefängniswärter ausgesetzt. 2017 veröffentlichte Oxfam einen Bericht, demzufolge 80 % der Befragten schilderten, Gewalt und Misshandlungen erlitten zu haben. Alle weiblichen Befragten gaben , Opfer von sexueller Gewalt geworden zu sein. Viele der Frauen berichteten, dass es keine Rolle spielt, ob sie schwanger seien.

Was ist unsere Perspektive?

Weltweit befinden sich 65,5 Millionen auf der Flucht. Viele davon Frauen und junge Mädchen, die besonders mit sexueller Gewalt zu kämpfen haben. Für diejenigen, die es nach Europa schaffen, hört der Schrecken nicht auf. Je nachdem, wo man landet, hat man es mit Massenlagern, mangelnder Privatsphäre etc. zu tun. Hinzu kommen die steigende Gewalt von Rechten und rassistische Gesetze. Um dagegen zu kämpfen, bedarf es einer antirassistischen Bewegung auf europäischer Ebene. Diese sollte sich gegen die Festung Europa richten und gegen rassistische Asylgesetze, Abschiebe-

und Migrationsabkommen stellen sowie für sichere Fluchtrouten, offene Grenzen und Staatsbürger_Innenrechte für alle eintreten. Daneben muss sie auch für die spezifischeren Forderungen für geflüchtete Frauen einstehen wie den Ausbau und die kostenlose Nutzung von Frauenhäusern, die Möglichkeit, einen Asylantrag unabhängig vom Mann zu stellen, sowie für den Ausbau der medizinischen und physischen Versorgung für Geflüchtete.

Um Grauen wie in Libyen zu beenden, reicht es nicht, darauf zu hoffen, s sich aus dem „gescheiterten Staat“ eine zentrale Regierung entwickelt. Vielmehr verschleiert dies das Problem. Denn auch eine neue bürgerliche Zentralregierung würde Politik im Interesse der EU umsetzen - oder dazu gezwungen werden. Die unmenschliche Behandlung von Geflüchteten würde also weitergehen. Um das Problem an der Wurzel zu packen, müssen wir uns gegen den Imperialismus als Weltsystem stellen. Denn dieser ist verantwortlich für Armut, Kriege, Umweltzerstörung und Unterdrückung.

Nach den Wahlen: Den Kampf gegen Rassismus organisieren!

Der September war der letzte Wahlmonat dieses Jahres, somit eine Wasserstandsmeldung für das Bundestagswahljahr 2017. In Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Berlin fanden im Wochentakt zu Landtags-, Kommunal- und Abgeordnetenhauswahlen statt. Hierbei ist ein eindeutiger Wahlsieger zu erkennen - die AfD. Aber bevor wir ausführlicher auf die Aussagen die diese drei Wahlen gegeben haben eingehen können, hier nochmal die Zahlen:

In Mecklenburg-Vorpommern fand die Wahl am 4. September statt. Hierbei schafften es vier Parteien in den Landtag. Als stärkste Kraft zieht dort die SPD mit 30,6% ein, das bedeutet einen Verlust von 5%-Punkten zur vorherigen Wahl. Die AfD schafft es hier beim ersten Wahlantritt sofort auf

den zweiten Platz mit 20,8%. Die CDU danach mit 19%, das sind 4% weniger als 2011. Und als vierte Kraft die Linkspartei mit 13,2%, somit 5,2% weniger. Die NPD, zuletzt genannt, verpasst den Einzug ins Parlament. Bei 3% und einem Stimmenverlust von ebenfalls 3% verliert die NPD nicht nur die Hälfte ihrer Stimmen vermutlich an die AfD, sondern auch ihren letzten Sitz in einem Landtag. Insgesamt kam es hier zu einer Zunahme der Wahlbeteiligung von 51,5% im Jahr 2011 zu 61,6%.

Am 11. September wurde in Niedersachsen gewählt. Auch hier kam es zu einer leichten Zunahme der Wahlbeteiligung von 52,5% auf 55,5%. Auf Platz ein liegt hier die CDU mit 34,4%, 2,6% weniger als 2011. Die SPD auf Platz 2 mit 31,2%, 3,7% weniger. Weit dahinter kommen die Grünen mit 10,9%, das ist ein Minus von 3,4% und die AfD mit 7,8%. Die Partei die Linke schließt mit 3,3% ab, somit 0,9% Zugewinn.

Am vergangenen Sonntag, dem 18. September wurde, dann auch in Berlin gewählt. Hier zeigt sich am drastischsten die Zerfaserung des Parteienwesens. Die SPD bleibt stärkste Kraft mit schwachen 21,6% (-6,7%). Der WDR-Moderator Jörg Schönenborn gab dazu bekannt: „Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat eine stärkste Partei so wenig Prozentpunkte erhalten wie die SPD mit 23%.“ Auf Platz zwei folgt die CDU, die nachdem sich die Grünen als effektivere „Law and Order“-Partei herausstellten, ihr bisher schwächstes Wahlergebnis hervorgebracht habt mit 17,6% (-5,7%). Danach kommt die Linkspartei mit 15,6% (+3,9%), die Grünen mit 15,2% (-2,4%). Die AfD schafft es auch hier auf 14,2%. Und selbst die FDP bleibt uns nicht erspart, sondern kommt auf 6,7% (+4,9%). Kleine Anmerkung am Rande: Die Piratenpartei hat es hierbei in die falsche Urne geschafft. Mit 1,7% Punkten und einem Minus von 7,2% zur Vorwahl hat diese Partei einen recht unrühmlichen Platz auf dem Scheiterhaufen der Geschichte reserviert. Auch hier ist ein Anstieg bei der Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Von 60,2% in 2011 zu 66,9%.

Was drücken die Wahlergebnisse aus?

Diese drei Wahlen zeigen uns eines sehr direkt! Die neue Qualität der

rassistischen Bewegung beginnt Ausmaße anzunehmen, die sich hier deutlich in den Wahlergebnissen widerspiegeln. Wir haben es mit einer deutlichen Verschiebung des Kräfteverhältnisses im ideologischen Klassenkampf zu tun, das sich auch auf die Einflussspielräume von kleinen linken Gruppen auswirken kann. So haben die bürgerlichen Arbeiter_Innenparteien SPD und die Linke in den drei Wahlen gemeinsam im Durchschnitt circa 5,26%-Punkte pro Bundesland verloren. Während es die AfD im Durchschnitt auf ein Plus von 14,26% schaffte. Diese Verschiebung zeigt sich auch deutlich in der Wähler_Innenwanderungen.

Dies ist kein Zufall. So ist die AfD eine Ausgeburt der seit 2007/08 andauernden historischen Krise des kapitalistischen Weltsystems. In Zuge dessen die Verdrängungsängste zum Einen in den sogenannten mittelständischen Schichten des Bürgertums zunehmen. So traten weite Teile der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU aus dieser Partei aus, da sie ihre Interessen nicht mehr ausreichend von der historisch gewachsenen führenden Partei der Bourgeoisie vertreten sahen. Die AfD gab ihnen hierbei Wahlversprechen die ihnen eine Politik nationaler Schutzzölle vor internationalen Monopolkonzernen bieten sollte. Zum Anderen fischte sie auf in den vom Abstieg bedrohten Schichten des Kleinbürger_Innentums und den ärmsten Schichten der Arbeiter_Innenklasse über rassistische Hetze. Mit den reaktionärsten Wahlversprechen zur gewaltsamen Lösung der sogenannten Geflüchtetenkrise, wie mit Schießbefehlen an Grenzen.

Hierbei haben wir es jedoch nicht nur mit einer Zerfaserung der Parteienlandschaft unter den bürgerlichen Parteien zu tun. Nein. Auch die bürgerlichen Arbeiter_Innenparteien wie SPD und die Linke haben stark eingebüßt. Bürgerliche Arbeiter_Innenparteien sind dabei jene die sich in ihrer Politik hinter das Privateigentum an Produktionsmitteln und somit hinter das kapitalistische System stellen, in ihrer Zusammensetzung jedoch mehrheitlich aus Arbeiter_Innen bestehen, die zum Teil auch eine gute betriebliche und gewerkschaftliche Verankerung aufweisen. Sie sind somit der organische Ausdruck der sogenannten Arbeiter_Innenaristokratie. Dies hat gleich mehrere Gründe. Zum einen haben wir es in Deutschland mit einem schleichenden beziehungsweise verzögerten Einbruch der

internationalen Krise zu tun. Dies liegt zum einen an den frühen Angriffen auf die Arbeiter_Innen mit der Einführung der Agenda 2010 im Jahr 2003. Hierbei fanden massive Angriffe auf soziale Errungenschaften durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters, der Ausweitung der Leiharbeit und der Einführung der Hartz-Gesetze statt. Ebenfalls wurde zu Beginn der Krise versucht eben jene Krisenlasten auf die inner-europäischen Halbkolonien, wie Griechenland, abzuwälzen, während die BRD mit Exportüberschüssen glänzte. In Zuge dessen haben wir europaweit aufstrebende rechte Bewegungen gehabt. Mit der Geflüchtetenkrise zeigte sich eben jener internationaler Charakter der Krise nochmals deutlich. Zum anderen haben wir es im Zuge der Agenda-Gesetze und der Krise mit einer Verschiebung innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen zu tun. Mit einer zunehmenden Deklassierung. Folge dessen war ein Anstieg der parlamentarisch-unterrepräsentierten Teile der Klasse. Jene für die keine Zugeständnisse über das Modell der Sozialpartner_Innenschaft und durch Reformen im Zuge der Krise möglich sind. Da soziale Vereinigung nicht automatisch das Bewusstsein nach links treibt, sind viele in die Arme rechter Rattenfänger_Innen gelaufen. Somit ist die aktuelle Stärke der AfD ebenfalls Ausdruck des Fehlens einer revolutionären Führung der Arbeiter_Innen.

Deutlich zeigt sich dieses Problem nochmal anhand der Geflüchtetenkrise: Die SPD war an der regelmäßigen Asylrechtsverschärfung beteiligt, über ihre Regierungsmitgliedschaft und die fehlenden Mobilisierungen in den Gewerkschaften. Die Linke hat, da wo sie an der Regierung ist, ähnliches getan. Ebenfalls ist sie im inneren stark gespalten in der Frage des Kampfes gegen Rassismus. Hier sammelt sich eine Palette von Positionen. So wollen die einen mehr auf die AfD-Wähler_Innen zugehen, die anderen die Einheit der Demokrat_Innen und wiederum andere eine hauptsächliche Rückkehr auf die soziale Frage, da sie Rassismus als reines Folgeproblem verstehen. (Hier mehr dazu:
<http://www.onesolutionrevolution.de/allgemein/reaktionen-zum-afd-wahlsiegerwohin-geht-die-linkspartei/>)

Nicht nur wählen, sondern den antirassistischen Kampf organisieren!

In den Wahlen haben wir zur kritischen Wahlunterstützung der Linken aufgerufen. Da wir die Kampfbedingungen unter einer bürgerlichen Arbeiter_Innenregierung für die Klasse für besser gegeben ansehen und uns im sich hierbei ausdrückenden Kräfteverhältnis nicht enthalten. Ebenfalls zwingt die Regierungsmacht eben jene Parteien, die wir als falsche Führung der Klasse ansehen, ihre Forderungen umzusetzen, um somit ihre klassenversöhnlicherische Politik zu entlarven. Ebenfalls erleichtert sich hierbei die Aufforderung nach einem gemeinsamen Kampf, da rund um Wahlen eine Steigerung von politischen Interesse erkennbar ist. Diese hat sich deutlich im allgemeinen Anstieg der Wahlbeteiligung ausgedrückt, leider nicht immer zum „Guten“!

Die Notwendigkeit zeigt sich hierzu deutlicher denn je! Was wir brauchen ist eine antirassistische Einheitsfront, eine gemeinsame Mobilisierung aller Kräfte die sich auf die Arbeiter_Innen, Jugend, Migrant_Innen und gesellschaftlich unterdrückten Kräfte stützen. Solch eine Mobilisierung bietet eine kämpferische Perspektive gegen die AfD, den aufkommenden Rassismus und die Auswirkung der anhaltenden Krise über den Gang zur Wahlurne hinaus.

Am Donnerstag, dem 29. September wollen wir eben solch eine Perspektive beim bundesweit stattfindenden antirassistischen Schulstreik-Aktionstag des Bündnisses Jugend gegen Rassismus, von dem wir eine Mitgliedsorganisation sind, bieten. Also kommt mit uns auf die Straße und organisiert euch mit uns im Kampf gegen die neue rechte Bewegung!

VON WILHELM SCHULZ



Gemeinsam gegen Rassismus und Repression: Angriffe auf linke Selbstorganisierung in Leipzig bekämpfen!

„Schämt euch, ihr Bubi-Chaoten“ titelt die Bildzeitung Leipzig am vergangenen Mittwoch, dem 15. September 2016. Aufgrund eines aktuell laufenden Gerichtsverfahrens nutzt die Bild-Zeitung eine weitere Chance, um linke Politik zu verunglimpfen (<http://www.bild.de/regional/leipzig/angriff/polizeiposten-angegriffen-funkwagen-abgefackelt-47826570.bild.html>). Aber nicht nur das. In ihrer Printausgabe vom selben Tag veröffentlichten sie ein Foto eines angeklagten Aktivisten. Dieser ist dort vollständig zu erkennen. Kurz danach wurden eine Reihe von recherchierten Fotos, Vorwürfe von angeblichen Straftaten, das angekündigte Wissen über Wohnorte, private Informationen und vieles Weitere auf der Facebook-Seite „Wir für Leipzig“ veröffentlicht, vermutlich um die Leser_Innen anzustacheln. Hierbei bildet die Bildzeitungsausgabe das i-Tüpfelchen. Der angebliche Hauptangeklagte, dem die Hetzkampagne offensichtlich gilt, wird hierbei der internationalen kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION zugeordnet. In diesem Kontext wurden auch die Plenartreffpunkt und -zeit von REVOLUTION Leipzig auf der Facebookseite veröffentlicht. Bei der Hetz-Seite handelt es sich um eine knapp 12.000 Likes große Plattform der NPD-Leipzig. Betrieben wird diese angeblich vom Leipziger NPD-nahen Stadtrat Enrico Böhm, dieser ist ebenfalls durch seinen guten Kontakt zur rechten Hoolszene bekannt und in der Vergangenheit häufiger straffällig geworden in Bezug auf Gewaltdelikte. Die Seite ist vor allem durch die Legida-Bewegung angewachsen, die dafür bekannt ist, der offen faschistoide Teil der Pegida-Bewegung zu sein.

Dieser Vorfall ist leider nur ein Beispiel für die brutaler und häufiger werdenden Angriffen der Rechten, speziell in Sachsen. Ziel ist es hierbei, die

sich den Angriffen widersetzen. Aktivist_innen in die Passivität zu drängen und zu isolieren. Dazu werden ihnen sogar lebensgefährliche Verletzungen angedroht. Dass sich die Springer-Presse hierbei als Denunziantin gibt, beschreibt sehr offen, wie sich diese zur neuen Qualität der rassistischen Bewegung positionieren könnte.

Doch warum genau jetzt?

Das Gerichtsverfahrens ist nicht das einzige Ereignis, das in diesen Tagen stattfindet. Am kommenden Samstag, dem 17. September, findet in Leipzig, wie auch in sechs weiteren Städten im Bundesgebiet, die Gegendemonstration zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA statt. Wir als REVOLUTION haben unsere Teilnahme angekündigt. Als die Identitäre Bewegung, eine völkisch-rassistische Frontorganisation, bekannt gab, dass sie ungebeten an der Demonstration teilnehmen und provozieren wolle, haben unsere Genoss_innen in Leipzig offen dafür geworben, diesen reaktionären Kräfte die Teilnahme an der Demonstration zu verwehren und dies als Gesamt demonstration zu verhindern. Organisationen wie die Identitäre Bewegung sind ein aktiver Teil der neuen rassistischen Bewegung und bauen sich über diese auf. Sie sind Nutznießer_innen von offenen Angriffen auf Geflüchtete, Migrant_innen, Linke, sexuell Unterdrückte und viele mehr. Sie sind es auch, die, wenn ihr Einfluss anwächst, gewerkschaftliche oder politische Organisationen direkt zerschlagen wollen. Sie sind somit nicht nur eine Bedrohung für ihre bisherigen Opfer, sondern auch für die Veranstalter_innen der kommenden Anti-TTIP- und -CETA-Demo. Es handelt sich somit zwar um einen unmittelbaren Angriff auf einzelne Aktivist_innen sowie unsere Organisation. Solche Angriffe haben aber auch einen politischen Charakter. Sie richten sich gegen alle, dem aktuellen Rechtsruck entgegentreten wollen. Der Angriff verdeutlicht nochmal drastisch, dass die aktuellen sozialen Kämpfe unmittelbar auch die Frage des Antirassismus und Antifaschismus aufwerfen müssen, da sich die rassistische Zuspitzung langfristig auf unsere politische Handlungsfreiheit auswirkt. Angriffe wie in Bautzen sind dabei ein weiterer Ausdruck eben dieser neuen Qualität.

Wir fordern die Organisator_Innen der Demonstration am 17.9, darunter DIE LINKE, die SPD, den DGB und viele weitere auf, sich mit uns öffentlich zu solidarisieren. Lasst uns gemeinsam die Teilnahme offen rassistischer und faschistischer Organisationen, wie der Identitären Bewegung und der NPD verhindern. Wir appellieren an alle linken Gruppen und Aktivist_Innen, sich mit uns zu solidarisieren. Dies könnte am 17.9. beispielsweise so aussehen, dass wir gemeinsam in Blöcken laufen können, in denen auch nicht direkte politische Unterstützer_Innen unserer Organisation die Fahnen unserer Gruppe tragen oder unsere Materialien solidarisch verbreiten, damit nicht unmittelbar weitere Aktivist_Innen vermeintlich als Sympathisant_Innen unserer Gruppe „geoutet“ werden. Wir gehen davon aus, dass rechte Fotograf_Innen anwesend sein werden. Vor allem geht es aber darum, diesem Angriff keine unkommentierte Öffentlichkeit zu geben. Wir müssen in Leipzig und darüber hinaus den kollektiven Schutzes vor rassistischen und faschistischen Angriffen diskutieren. Denn betroffen sind immer einzelne, doch gemeint sind wir alle!

REVOLUTION-Germany